

**PROTOKOLL**

der Sitzung des Einwohnerrates vom  
Freitag, 17. Oktober 2025, 19.30 Uhr, im Rathaussaal

\* \* \*

Traktanden:

1. Einbürgerungen
  - a) Avdullahu Kushtrime, kosovarische Staatsangehörige, mit den Kindern Noar, kosovarischer Staatsangehöriger, und Maleya, deutsche Staatsangehörige
  - b) Gvasaliya Severian, mit der Tochter Mira, russische Staatsangehörige
  - c) Jbeili Dania, syrische Staatsangehörige
  - d) Kumar Sumit und Maheshwari Aditi mit dem Sohn Kumar Ishir, indische Staatsangehörige
  - e) Leupold Anke, deutsche Staatsangehörige
  - f) Maino Matteo, italienischer Staatsangehöriger
  - g) Maliqi Adrijeta, kosovarische Staatsangehörige
  - h) Nannetti Liudmyla, ukrainische Staatsangehörige
2. Budget 2026 der Einwohnergemeinde Brugg
3. Teilrevision Geschäftsreglement Einwohnerrat
4. Postulat Pascal Ammann und Barbara Geissmann zur Unterstützung der Gemeinde Blatten nach dem Felssturz vom 28. Mai 2025 (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
5. Postulat Salome Schneider Boye und Beatrice Widmer Marti und Mitunterzeichnende betreffend Inkludierung Schinznach-Bad in die A-Welle Tarifzone 550 (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
6. Postulat Robert Wehrli und Mitunterzeichnenden betreffend Neugestaltung Stadtpark - Auftrag zur Ausarbeitung von Konzeptvorschlägen (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
7. Postulat Julia Geissmann und Mitunterzeichnende betreffend Beschleunigung Neugestaltung Neumarktplatz (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

8. Postulat Patrick von Niederhäusern betreffend Verkauf von nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften der Stadt Brugg
9. Postulat Stefan Baumann betreffend Stopp weiterer Solaranlagen auf städtischen Liegenschaften wegen ineffizienter Stromproduktion
10. Postulat Andrea Rauber Saxer, Markus Lang, Colette Degrandi und Adriaan Kerkhoven betreffend erneuerbare Energien auf städtischen Gebäuden
11. Postulat Patrick von Niederhäusern betreffend Reduktion des Personalaufwandes der Stadt Brugg
12. Postulat Stefan Baumann betreffend Erhöhung der Polizeipräsenz durch Verschiebung der Ressourcen von der Sicherheitspatrouille Gesellschaft zur Regionalpolizei
13. Postulat Matthias Rüede, Robert Wehrli, Patricia Gloor, Titus Meier, Nadine Christen und Alexandra Darioli betreffend Einführung eines City Managements
14. Postulat Patricia Gloor und Mitunterzeichnende betreffend Einführung einer „goldenen Parkuhr“ oder eines „goldenen Parkfeldes“
15. Postulat Peter Friedli und Titus Meier sowie Mitunterzeichnende betreffend Kindergarten in Laufdorf
16. Postulat Peter Friedli und Robert Wehrli sowie Mitunterzeichnende betreffend moderne Arbeitsplatzmodelle sowie Flächenoptimierungen bei der Liegenschaft Hauptstrasse 1

\*\*\*

Vorsitz: Markus Lang, Präsident  
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber  
Stimmzähler: Noah Zurfluh und Yolanda Dätwyler

\* \* \*

Präsenz: Es sind 47 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich Silvan Brügger, Anna Schneider und Nadine Christen.

\* \* \*

Persönliche Erklärung von Julia Grieder: «C'est le ton qui fait la musique» - Der Ton, in welchem an der letzten Einwohnerratssitzung mit dem Stadtrat abgerechnet wurde, hat mich schon ziemlich erstaunt. Um es klarzustellen, im Stadtrat sitzen zwei Personen aus der FDP, eine Person aus der Mitte, eine parteilose Person und eine Person von der Partei der Grünen.

Alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben diesen Umgangston und die Forderungen gehört, niemand ist aufgestanden oder hat dazu etwas gesagt. Weil ich und die Fraktion der Grünen, und vielleicht auch noch andere Mitglieder des Einwohnerrates, dies auf keinen Fall so hinnehmen wollen, möchte ich an diese Stelle mit einer persönlichen Erklärung ein Zeichen setzen.

Gehört haben wir, dass der Stadtrat seine Arbeit nicht richtig mache, dass er seine Führungsfunktion nicht wahrnehme und dass er für sämtliche Aufgaben zu viele Ressourcen benötige. Auch wenn Wahlkampf ist und man nicht mit allem einverstanden ist, fordert die Fraktion der Grünen eine wertschätzende und respektvolle Kommunikation gegenüber allen Anwesenden hier im Saal.

An der heutigen Sitzung liegen zwölf Postulate vor. Neun davon sind vom mitte-rechts-bürgerlichen Lager. Jenem Lager, das die Ausgaben und den Personalaufwand kürzen und Strategien und Konzepte vorgelegt haben möchte. Vielleicht sollten, wie auf Kantonsebene, die Bearbeitungskosten dieser Geschäfte auch einmal offengelegt werden. Diese werden mit Steuergeldern bezahlt. Da kann sich nun jeder selbst überlegen, welche der Vorstösse wirklich relevant sind.

Dabei möchte ich an dieser Stelle aber schon festhalten, dass genau aus diesem Lager an Informationsveranstaltungen, abendfüllenden Partizipationsveranstaltungen oder vorausgehenden Bürositzungen oft keine Vertretungen anwesend sind. Absprachen und Regelungen werden nicht eingehalten, Kooperation und Abmachungen scheinen nicht existent zu sein. So ist zum Beispiel klar, dass die Fraktionssitzungen vor der Bürositzung bereits stattgefunden haben müssen, um klare Absprachen treffen zu können.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass wir als Einwohnerrat hier stehen, um Demokratie vorzuleben. Das schulden wir den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Brugg.

\*\*\*

Über das Protokoll der Sitzung vom 12. September 2025 wird der Rat an seiner Sitzung vom 24. Oktober 2025 befinden, dies aufgrund der Tatsache, dass das Protokoll erst Anfang dieser Woche den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten zugestellt werden konnte und somit den Räten noch mehr Zeit zum Lesen zur Verfügung steht.

## Traktandum 1: Einbürgerungen

---

Herr Reto Bertschi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Unterlagen zu den vorliegenden Einbürgerungsgesuchen geprüft und festgestellt, dass alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme ins schweizerische Bürgerrecht vollumfänglich erfüllen. Ebenso sind die Prüfkriterien der Finanzkommission erfüllt. Die Aufnahme ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg kann den Einbürgerungswilligen somit zugesichert werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich den Rat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

a) Kushtrime Avdullahu mit den Kindern Noar und Maleya, kosovarische Staatsangehörige

---

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen Frau Kushtrime Advullahu, kosovarische Staatsangehörige, geboren am 27. August 1998, sowie den Kindern  
- Noar Avdullahu, kosovarischer Staatsangehöriger, geboren am 6. Juli 2022,  
- Maleya Avdullahu, deutsche Staatsangehörige, geboren am 25. Juni 2024, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

b) Severian Gvasaliya mit der Tochter Mira, russische Staatsangehörige

---

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen Herr Severian Gvasaliya, russischer Staatsangehöriger, geboren am 29. August 1974, sowie der Tochter  
- Mira Gvasaliya, russische Staatsangehörige, geboren am 22. Juli 2024, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

c) Dania Jbeili, syrische Staatsangehörige

---

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen Frau Dania Jbeili, syrische Staatsangehörige, geboren am 1. Januar 1994, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

d) Sumit Kumar und Aditi Maheshwari mit dem Sohn Ishir Kumar, indische Staatsangehörige

---

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrates:

«Sie wollen Herrn Sumit Kumar, indischer Staatsangehöriger, geboren am 11. Oktober 1984, sowie dem Sohn

- Ishir Kumar, indischer Staatsangehöriger, geboren am 29. März 2023, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Sie wollen Frau Aditi Maheshwari, indische Staatsangehörige, geboren am 26. März 1985, die Aufnahme, in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern»

wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

e) Anke Leupold, deutsche Staatsangehörige

---

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen Frau Anke Leupold, deutsche Staatsangehörige, geboren am 2. November 1981, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

f) Matteo Maino, italienischer Staatsangehöriger

---

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen Herrn Matteo Maino, italienischer Staatsangehöriger, geboren am 24. April 1979, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

g) Adrijeta Maliqi, kosovarische Staatsangehörige

---

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen Adrijeta Maliqi, kosovarische Staatsangehörige, geboren am 15. August 1998, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

h) Liudmyla Nannetti, ukrainische Staatsangehörige

---

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen Frau Liudmyla Nannetti, ukrainische Staatsangehörige, geboren am 27. Oktober 1970, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

## Traktandum 2: Motion Titus Meier betreffend Stabilisierung des städtischen Finanzhaushalts

---

Der Vorsitzende bittet Titus Meier die Dringlichkeit seiner Motion zu begründen.

Titus Meier: Die Fraktion der FDP und weitere Mitglieder des Einwohnerrates sind mit dem vorliegenden Budget nicht glücklich. Dieses ist massiv schlechter als prognostiziert. Der angestrebte Nettoverwaltungsaufwand ist um CHF 124 pro Einwohnerinnen und Einwohner höher und widerspiegelt nicht das, was der Stadtrat mit dem Finanzplan kommuniziert hat. CHF 124 pro Einwohnerin und Einwohner ist bei einer Einwohnerzahl von 15'400 eine stolze Summe von CHF 1.9 Mio. Mit einer allfälligen Erhöhung des Steuerfusses kann der Nettoverwaltungsaufwand nicht korrigiert werden, da diese beiden Zahlen unabhängig voneinander sind. Andere vergleichbare Gemeinden haben einen deutlich tieferen Nettoverwaltungsaufwand. Die Gemeinde Windisch ist unter CHF 3'000 und die Stadt Lenzburg weist einen Nettoverwaltungsaufwand von CHF 3'100 auf.

Die Fraktion der FDP empfindet es jedoch als unrealistisch, dass eine Rückweisung des Budgets die richtige Lösung ist. Der Stadtrat wird kaum auf die Schnelle ein besseres Budget präsentieren können. Die Fraktion ist aber der festen Überzeugung, dass ein Handlungsbedarf besteht. Deshalb soll der Stadtrat dem Einwohnerrat Bericht erstatten, wie der angestrebte Nettoverwaltungsaufwand erreicht werden kann. Dieser Bericht soll dem Einwohnerrat vorgelegt werden, bevor der Prozess für das Budget 2027 abgeschlossen ist. Ich beantrage die Dringlichkeit dieser Motion, damit ein solcher Bericht, oder allenfalls ein Zwischenbericht, noch im Juni 2026 dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Darin soll der Stadtrat aufzeigen, mit welchen Massnahmen der Nettoverwaltungsaufwand pro Einwohnerin und Einwohner wieder auf die Zielgrösse von höchstens CHF 3'120 reduziert werden kann. Der Bericht bzw. ein erster Zwischenbericht soll zusammen mit dem Investitions- und Finanzplan 2027 - 2032 dem Einwohnerrat zur Kenntnis unterbreitet werden.

Die Motion ist für dringlich zu erklären, damit die Erkenntnisse aus dem Bericht in den Budgetprozess für das Budget 2027 einfließen können. Der Finanzhaushalt der Stadt Brugg befindet sich in einer angespannten Lage. Die Ausgaben steigen überproportional im Vergleich zu den Einnahmen, was mittelfristig nur durch höhere Steuereinnahmen oder mit einem markanten Abbau bisheriger Leistungen ausgeglichen werden kann. Angesichts der Umstände, dass trotz erheblicher Bemühungen der angezielte Nettoverwaltungsaufwand nicht erreicht werden konnte, ist der Handlungsbedarf dringend und zwingend. Die Finanzplanwerte vom Juni 2025 wurden deutlich überschritten und ohne einmalige Sondereffekte – insbesondere die kantonale Zahlung im Zusammenhang mit der Fusion zur Abfederung entstehender Mehrkosten bzw. geringerer Steuereinnahmen – würde ein tiefrotes Ergebnis resultieren. In den vergangenen Jahren konnte das Haushaltsgleichgewicht jeweils dank hoher Finanzerträge erreicht werden. Diese werden aber angesichts der geplanten Investitionen in den nächsten Jahren stark sinken, was ohne entsprechende Massnahmen zu Defiziten führen wird.

Auf der Grundlage einer sauberen Analyse soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen (bspw. Effizienzsteigerungen, Abbau von Leistungen, Anpassung von Gebühren etc.) die finanzielle Lage verbessert werden kann. Zwingend erforderlich ist überdies eine aktualisierte Aufwandschätzung für kommende Investitionsvorhaben in bestehende Hochbauten (v.a. Schulanlagen und Hallenbad) und Tiefbauten. Ebenso soll im Bericht aufgezeigt werden, welcher Betrag jährlich für Unterhaltsarbeiten im Budget einzustellen ist. Ein wesentlicher Grund für die zunehmende Belastung des städtischen Haushalts liegt in beschlossenen Mehrausgaben durch Leistungsausbau und in stetig steigenden, gebundenen Ausgaben. Diese lassen sich kurz- bis mittelfristig kaum beeinflussen und schränken den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt zunehmend ein. Vor diesem Hintergrund ist es unumgänglich, die bestehenden Ausgaben und das Dienstleistungsangebot laufend auf Verbesserungen, Optimierungen und allfällige Reduktionen oder Verzichte hin zu überprüfen.

Dabei ist der Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit und Dringlichkeit gemäss Verfassung des Kantons Aargau zwingend zu beachten. Dieser verlangt, dass sämtliche Aufgaben und Ausgaben fortlaufend auf ihre Notwendigkeit, Zweckmässigkeit, finanzielle Auswirkungen und Tragbarkeit hin geprüft werden. Auch sollen Investitions- und Betriebskosten systematisch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit (§ 85 b Abs. 2 GG) überprüft werden. Weiter sollen Leistungen auf das Verursacherprinzip (§ 85 b Abs. 4 GG) und die Vorteilsabgeltung (§ 85 b Abs. 5 GG) hin überprüft werden.

Zudem sind neue Aufgaben oder Angebote nur dann aufzunehmen, wenn deren Bedeutung und Dringlichkeit klar ausgewiesen sind und sie im Einklang mit der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung stehen (§ 85b Abs. 3, Gesetz über die Einwohnergemeinden). Die Stadt ist daher gefordert, sowohl bei bestehenden wie auch bei neuen Projekten eine strikte Priorisierung vorzunehmen und auf eine nachhaltige Finanzplanung zu achten.

Andrea Rauber: Ich finde das Vorgehen bezüglich dieser Motion ein wenig speziell. Der Einwohnerrat hat das Budget vor einem Monat erhalten. Am Nachmittag vor dieser Sitzung werden die Mitglieder des Einwohnerrates mit dieser dringlichen Motion bedient. Grundsätzlich empfinde ich den Inhalt dieser Motion als sinnvoll. Ich gehe jedoch davon aus, dass sich der Stadtrat diese Gedanken auch ohne den verlangten Bericht macht. Zur Rettung der heutigen Budgetdebatte ist eine Zustimmung zum Postulat und deren Dringlichkeit jedoch sicherlich dienlich.

Barbara Geissmann: Ich bin der Ansicht, dass der Inhalt dieser Motion gut ist. Ich sehe aber nicht ein, warum dies dringlich sein muss. Der Rat hat an der Sitzung im Januar 2026 Zeit, über diese Motion zu sprechen. Bis im Juni 2026 bleibt da noch genügend Zeit.

Pascal Ammann: Die Fraktion der SP wurde nun zum zweiten Mal von einem kurzfristigen Vorstoss überrascht. Der Fraktion ist nicht entgangen, dass der präsentierte Nettovermögensaufwand trotz Sparanstrengungen nicht dem Zielwert entspricht. Die Fraktion sieht es darum als sinnvoll an, dass Bestrebungen unternommen werden, dass der Aufwand wieder gesenkt werden kann.

Der Dringlichkeit stimmt die Fraktion zu. So hat der Stadtrat mehr Zeit für entsprechende Massnahmen.

Julia Grieder: Die Fraktion der Grünen unterstützt die Voten der GLP und der SP und ist für die Entgegennahme dieser Motion.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

In der Abstimmung wird der Dringlichkeitserklärung der Motion Titus Meier betreffend Stabilisierung des städtischen Finanzhaushalts mit 35 Ja zu 10 Nein und einer Enthaltung mit einer 2/3 Mehrheit (32 Stimmen) zugestimmt.

Stadträtin Yvonne Buchwalder: Der Stadtrat ist gerne bereit den Vorstoss von Titus Meier entgegenzunehmen.

## Traktandum 2: Budget 2026 der Einwohnergemeinde Brugg

---

Stadträtin Yvonne Buchwalder : Bei der Erstellung des Budgets 2026 hat sich der Stadtrat an den Leitsätzen zur Entwicklung der Stadt Brugg im aktuellen Legislaturprogramm 2022 - 2025 und den damit verbundenen Resultaten in der Finanzplanung 2026 - 2031 orientiert.

Das operative Ergebnis setzt sich aus dem betrieblichen Ergebnis und dem Ergebnis aus der Finanzierung (Vermögenserträge) zusammen. Für das Budgetjahr 2026 wird mit einem operativen Verlust von CHF 3.01 Mio. gerechnet. Unter Berücksichtigung des fusionsbedingten, einmaligen Zusammenschlussbeitrags von CHF 3.13 Mio., resultiert im Gesamtergebnis ein Ertragsüberschuss von TCHF 122.

Dass die ambitionierten Zielvorgaben aus der Finanzplanung nicht eingehalten werden konnten, liegt nicht an finanziellen Aspekten, die im Zusammenhang mit der Fusion stehen. Im Wesentlichen sind es nicht beeinflussbare Budgetpositionen, die deutlich über den Finanzplanprognosen liegen und in der Summe eine Mehrbelastung von rund CHF 2.4 Millionen bewirken. Eine Aufwandsteigerung in dieser Grössenordnung war zum Zeitpunkt der Finanzplanerarbeitung nicht erwartet worden und hat den Stadtrat zu Budgetentscheidungen bewogen, die sowohl einschneidende Kürzungen bei den Aufwänden als auch Optimierungen bei den Erträgen beinhalten. So war es möglich, die vorerwähnten, nicht beeinflussbaren Mehrkosten, teilweise kompensieren zu können. Dem Stadtrat war es dabei wichtig, dass die getroffenen Massnahmen auch weiterhin eine gut funktionierende Verwaltung gewährleisten und sie nicht Tätigkeiten beschneiden, die im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung der Stadt notwendig und unumgänglich sind. Von weitergehenden Sparmassnahmen, die einen Leistungsabbau bedeutet hätten, wurde bewusst abgesehen.

Es ist auch zu erwähnen, dass die Finanzplanung bereits restriktiv gerechnet wurde, sodass nicht viel Reserven mit Sparmöglichkeiten vorhanden waren. Der Stadtrat hatte nicht nur mit den nicht beeinflussbaren Faktoren zu kämpfen, sondern auch noch mit zusätzlichen Budgeteingaben der Abteilungen, welche im Finanzplan nicht berücksichtigt waren. Sämtliche Aufwände, welche an den Stadtrat angefragt wurden, wurden kritisch hinterfragt und nur das absolut notwendigste ins Budget aufgenommen. Die übrigen Eingaben wurden zurückgewiesen. Auch im Finanzplan bereits berücksichtigte Positionen wurden teilweise eliminiert. Mit dem Resultat, dass ein Anteil der nicht beeinflussbaren Mehraufwendungen kompensiert werden konnte.

Aufgrund dieser Entwicklung, vor allem bei den nicht beeinflussbaren Positionen, sieht der Stadtrat die Notwendigkeit, den Finanzhaushalt zu durchleuchten und zu optimieren. Gerade am letzten Montag hat der Stadtrat einen Beschluss dazu verabschiedet. Unter dem Lead der Abteilung Finanzen wird in Zusammenarbeit mit den Abteilungen ein zentrales Instrument, namentlich ein Massnahmenkatalog erarbeitet, welcher sämtliche ausgemachte Handlungsfelder mit Optimierungspotential beinhaltet.

Das Zusammenstellen, Bearbeiten und Überprüfen dieses Massnahmenkatalogs soll ein laufender Prozess sein und wird dem Stadtrat mindestens halbjährlich mittels eines Berichtes vorgelegt. Die ersten Auswirkungen dieser Massnahmen zum Optimieren des Finanzhaushaltes sollen im besten Fall bereits in der Rechnung 2026 spürbar, sicher aber im Budget 2027 ersichtlich werden.

Auch mittels Schwerpunkteprüfungen in den Abteilungen durch die Revisionsstelle werden Empfehlungen an den Stadtrat erkenntlich gemacht, welche Optimierungen hervorrufen können. Eine davon findet zum Beispiel in der Abteilung Planung und Bau anfangs Dezember statt, indem der Baubewilligungsprozess durchleuchtet wird. Diese Prüfungen oder Durchleuchtungen sind fortlaufende Prozesse, welche periodisch angegangen werden.

Die im Budget geplanten Investitionsausgaben betragen im Jahr 2026 CHF 10.16 Millionen. Darin enthalten sind Budgetkredite und bereits bewilligte Verpflichtungskredite. Die Nettoinvestitionen der Einwohnergemeinde belaufen sich auf CHF 9.38 Millionen. Die budgetierte Selbstfinanzierung von CHF 5.56 Millionen ist somit nicht ausreichend, um die Investitionskosten zu decken. Das Defizit von CHF 3.82 Millionen entspricht dem mutmasslichen Abbau des Nettovermögens. Beim Ergebnis der Abwasserbeseitigung wird aus betrieblicher Tätigkeit für das Jahr 2026 ein Fehlbetrag von CHF 1.04 Millionen erwartet. Für das Betreiben der ARA Villnachern sind Aufwände von rund TCHF 200 eingerechnet (ohne Abschreibungen). Weiter sind für Planungsarbeiten im Zusammenhang mit der Aufhebung der ARA Umiken TCHF 128 und ARA Villnachern TCHF 90 einmalige Beträge budgetiert. Auch die Gebührenerträge sind aufgrund von Erfahrungswerten und Hochrechnungen auf deutlich tieferem Niveau zu erwarten. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses aus der Finanzierung weisen das operative Ergebnis sowie das Gesamtergebnis ein Minus von TCHF 990 aus. In der Investitionsrechnung sind Ausgaben unter anderem für die Projekte «Sanierung Sauber-/Schmutzwasserleitung Schützenmattstrasse» (TCHF 903), «Neubau Regenbecken Altenburg» (TCHF 1'514), «GEP Massnahmen Sommerhaldenstrasse» (TCHF 1'000), «Villnachern; GEP allgemein netto» (TCHF 29) und «Villnachern; dringende Sanierungsmassnahmen GEP» (TCHF 550) eingestellt.

Unter Berücksichtigung der Anschlussgebühren (Einnahmen TCHF 500) betragen die Nettoinvestitionen CHF 3.8 Millionen. Bei einer erwarteten Selbstfinanzierung von TCHF -420 wird ein Finanzierungsfehlbetrag (Vermögensabnahme) von CHF 4.2 Millionen budgetiert. Das mutmassliche Guthaben des Betriebes gegenüber der Einwohnergemeinde wird per 31. Dezember 2025 rund CHF 10 Millionen betragen.

Das Gesamtergebnis der Abfallwirtschaft sieht für das Jahr 2026 einen Verlust von TCHF 80 vor (Vorjahr TCHF 28). Der höhere Nettoaufwand begründet sich unter anderem dadurch, dass im Budget 2026 einmalige Aufwände für externe Unterstützungen im Zusammenhang mit dem Submissionsverfahren für die Grün- /Graugutentsorgung sowie eine generelle Überprüfung der vorhandenen Verträge, Konzessionen und Reglemente berücksichtigt sind.

Der Betrieb Abfallwirtschaft sieht für das Jahr 2026 einen Verlust von TCHF 78 vor. In der Investitionsrechnung sind keine Ausgaben budgetiert. Per Ende 2025 wird die mutmassliche Verpflichtung (Schuld) des Betriebs gegenüber der Einwohnergemeinde TCHF 320 betragen.

Nicht nur bei der Einwohnergemeinde, auch bei diesen beiden Spezialfinanzierungen sind die Budgetergebnisse nicht zufriedenstellend und sollen in finanzieller Hinsicht im Verlauf des Jahres 2026 überprüft werden. Entsprechende Budgetmittel für externe Abklärungen sind hierfür berücksichtigt.

Abschliessend möchte ich der Verwaltung und allen am Budgetprozess beteiligten Personen für die sorgfältige Budgetierung und das Verständnis für die notwendigen Korrekturen durch den Stadtrat danken. Mein besonderer Dank gilt Stefan Huber, Leiter der Abteilung Finanzen & Controlling. Mit gewohnter Expertise und Beharrlichkeit begleitete er den Stadtrat durch den Budgetprozess. Ein Dank gebührt den Mitgliedern der Finanzkommission und ihrem Präsidenten Reto Bertschi für die Prüfung der Budgetvorlage sowie den konstruktiven, gemeinsamen Austausch zum Budget 2026.

Geschätzte Anwesende, ich kann gut nachvollziehen, dass das Ergebnis des Budgets 2026 nicht zufriedenstellend ist, das geht uns genauso. Auch der Stadtrat hätte sich eine andere Ausgangslage gewünscht. Die stark gestiegenen und wenig beeinflussbaren Mehrausgaben, insbesondere in gesetzlich gebundenen Bereichen, haben uns vor grosse Herausforderungen gestellt. Trotzdem haben wir mit viel Engagement und Sorgfalt nach Lösungen gesucht. Wir haben dort gespart, wo es vertretbar war und gleichzeitig Massnahmen zur Ertragsoptimierung umgesetzt. So ist es uns gelungen, einen Teil der Mehrkosten aufzufangen – und das, ohne wichtige und notwendige Leistungen für unsere Stadt zu reduzieren.

Ich bitte den Rat deshalb, das Budget 2026 in der vorliegenden Form zu genehmigen und dem Antrag auf Seite 26 zuzustimmen. Vielen Dank für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Reto Bertschi, Präsident Finanzkommission: Zuerst möchte ich allen Beteiligten, allen voran Ressortvorsteherin Yvonne Buchwalder und dem Leiter Finanzen mit seinem Team, herzlich für die termingerechte Fertigstellung des Budgets sowie die ausführlichen Erklärungen zu den einzelnen Budgetpositionen in der Beilage zum Budget danken. Die Fragen der Finanzkommission konnten anlässlich einer gemeinsamen Sitzung am 26. September 2025 mit dem Stadtrat und dem Leiter Finanzen zur Zufriedenheit der Finanzkommission beantwortet werden. Auch hier bedanke ich mich nochmals für die Diskussion auf Augenhöhe und der Präsenz aller Stadratsmitglieder. Der gemeinsame Austausch wurde von beiden Seiten geschätzt. Im Hinblick auf die Erweiterung der aktuellen Finanzkommission zu einer Finanz- und Geschäftsprüfungskommission sind dies positive Aussichten.

Einmal mehr muss das Finanzierungsergebnis das betriebliche Defizit decken. Dies gelingt aber um rund drei Millionen nicht. Dank dem Kantonsbeitrag zur Fusion kann das Budget trotzdem ausgeglichen gestaltet werden. Wie bereits Stadträtin Yvonne Buchwalder erwähnt hat, ist der Stadtrat mit diesem Ergebnis nicht zufrieden und wird in den kommenden Jahren seine Sparbemühungen intensivieren. Auch die Finanzkommission ist enttäuscht und verlangt deutliche Verbesserungen in den nächsten Jahren, sowohl auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmenseite.

In den nachfolgenden Voten der Fraktionen werden bestimmt ebenfalls weitergehende Sparbemühungen gefordert. Die Finanzkommission möchte an dieser Stelle auch den Einwohnerrat daran erinnern, in Zukunft bei allen Geschäften die Kosteneffizienz im Auge zu behalten. Die Flut von Vorstössen, welche in der letzten Legislaturperiode geschrieben wurden, generieren viel Arbeit für die Verwaltung. Auch in Zeiten des Wahlkampfes müssen keine unnötigen Vorstösse lanciert werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Budget 2026 sehr sorgfältig erarbeitet wurde und sich der Stadtrat für eine realistische Budgetierung entschieden hat. Die Budgetierung entspricht tendenziell sowohl der Finanzstrategie als auch dem im Juni vorgestellten aktuellen Finanzplan. Der im Finanzplan als Zielgrösse festgelegte Nettoverwaltungsaufwand von CHF 3'120 pro Einwohnerinnen und Einwohner konnte aber trotz erkennbarer Sparbemühungen um CHF 137 nicht erreicht werden. Positiv zu vermerken ist der Sparwille des Stadtrates, welcher sich zum Beispiel in der Reduktion des Nettoverwaltungsaufwandes pro Einwohnerin um CHF 162 gegenüber der ersten Lesung ausdrückt. Trotzdem ist er aus Sicht der Finanzkommission noch zu hoch. Er darf nicht mehr weiter ansteigen, sondern es muss versucht werden, diesen in den nächsten Jahren zu reduzieren. Dass der Stadtrat auf die Besetzung bewilligter Stellen (zum Beispiel die neue Stelle in der ICT) so lange wartet, bis der Bedarf wirklich da ist, hat die Finanzkommission mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Wo die Finanzkommission hingegen weiterhin einen grossen Handlungsbedarf sieht, ist die Priorisierung der Projekte und Aufgaben durch den Stadtrat. Es ist keine klare Linie ersichtlich, sondern die Umsetzung erfolgt eher zufällig. Es ist der Finanzkommission bewusst, dass dabei verschiedene Faktoren zu berücksichtigen sind, welche sich nicht immer alle voraussehen lassen. Als Beispiele dazu sind hier die Projekte Sanierung Schöneggpark und Erneuerung Neumarktplatz zu erwähnen. Beide Projekte sind schon länger im Fokus, es konnte bereits bei der Lancierung dieser Projekte davon ausgegangen werden, dass mit Opposition zu rechnen sein wird. Deshalb erstaunt die Begründung, dass die Umsetzung wegen Einsprachen, Beschwerden und Personalmangel in der Abteilung Bau & Planung sich verzögert. Idealerweise sollte so früh als möglich mit allfälligen Einsprechern bereits im Rahmen der Projektierung Kontakt aufgenommen werden.

Neben der Reduktion der Ausgaben muss in der Zukunft auch versucht werden, den Steuerertrag deutlich zu erhöhen. Dies kann durch eine Steigerung der Standortattraktivität und den damit verbundenen Zuzug potenter Steuerpflichtiger geschehen, aber auch durch eine Erhöhung des Taxationsstandes des Steueramtes und noch striktere Kontrollen der Steuererklärungen.

Der Taxationsstand aus dem letzten Jahr lag bei 66 %. Das Ziel muss es sein, mindestens die Vorgaben des Kantons, nämlich 74.2 %, einhalten zu können.

Wie in den letzten Jahren wird auch im Budget 26 mit einem Ertrag von 3 % auf den Finanzanlagen gerechnet. Dieses Ziel konnte in den letzten Jahren mit einer Ausnahme immer erreicht werden und ist aus Sicht der Finanzkommission vernünftig. Für das kommende Jahr rechnet der Stadtrat mit einer Erhöhung der Steuererträge der natürlichen Personen um 2.5 %. Bei den juristischen Personen muss leider aufgrund der kantonalen Steuergesetzrevision von 2022 mit einem weiteren Rückgang von knapp 5 % gerechnet werden. Die gesamten Steuererträge steigen im Vergleich zum diesjährigen Budget um rund fünf Millionen.

Die Steuerkraft liegt im Vergleich mit anderen Zentrumsgemeinden zu tief. Die gewünschte Verbesserung des Steuersubstrates ist eine wichtige Aufgabe, welche vom Stadtrat in den kommenden Jahren prioritär verfolgt werden sollte. Dies bedingt aber auch eine attraktive Infrastruktur, sowohl für juristische wie auch für natürliche Personen. Mit den geplanten Erneuerungen und Sanierungen der Infrastruktur ist die Stadt auf dem richtigen Weg. Ein erster Schritt zur Verbesserung der Standortattraktivität ist mit dem Kauf der Liegenschaften Hauptstrasse 1 und Stapferstrasse 10 erfolgt. Es ist zu hoffen, dass der ambitionierte Terminplan zum Umbau der Liegenschaft und zum Umzug der gesamten Stadtverwaltung eingehalten werden kann. Die Finanzplanung vom Juni 2025 sieht für das kommende Jahr Investitionen von rund CHF 14.5 Millionen vor, im aktuellen Budget wird mit Investitionen von rund CHF 10 Millionen gerechnet. Diese Zahlen sind aber jeweils mit Vorsicht zu geniessen, da Einsprachen und Beschwerden zu Verzögerungen führen können.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Rat einstimmig, das Budget 2026 mit einem Steuerfuss von 97 % zu genehmigen. Gleichzeitig erwartet die Finanzkommission konkrete Resultate des begonnenen Optimierungsprozesses.

Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP betragt die Rückweisung des Budget 2026. Sie erwartet, dass ein neues Budget mit der aktiven Beteiligung aller Abteilungen – unter der Federführung des Ressorts Finanzen – einen um min. 5 % reduzierten Aufwand ausweist.

Schon vor über zehn Jahren hat die SVP-Fraktion darauf hingewiesen, dass das Budget seit Jahren ein negatives Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ausweist. Der Nettoverwaltungsaufwand pro Kopf ist seit 2010 von CHF 2'431 auf CHF 3'244 gestiegen. Ich frage mich, wohin soll das noch laufen? Wie lange will man dieser Entwicklung noch zuschauen? Was muss passieren, dass sich etwas ändert? Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Sanierungsfall. Dies geht nicht an Stadträtin Yvonne Buchwalder persönlich, wenn das Budget zurückgewiesen wird. Diese Rückweisung geht auch nicht an die Verwaltung, welche eine gute Arbeit leistet. Es geht darum, welchen Hut man trägt. Als pflichtbewusster Einwohner von Brugg, mit dem Mandat eines Einwohnerrates, muss man der Rückweisung zustimmen. Jetzt ist nicht schönreden gefragt, sondern turnaround Management.

Das nun vorliegende Budget 2026 basiert auf schönen Grundgedanken, muss aus Sicht der gesamten Bevölkerung aber kritisch hinterfragt werden – vor allem im Kontext stetig steigender Ausgaben und gesellschaftlicher Verantwortung über die Parteigrenzen hinweg. Darum bitte ich auch explizit die Parteien auf der linken Ratsseite um Gehör. Haushälterisches, gemeinwohlorientiertes Handeln ist in schwierigen Zeiten eine Kernaufgabe aller Demokraten.

Das Budget sieht ein Defizit aus betrieblicher Tätigkeit von über CHF 11 Millionen vor – und dies trotz höherer Steuereinnahmen von über CHF 5 Millionen und zusätzlicher Finanzhilfen vom Kanton. Klar sind auch strukturell nicht beeinflussbare Kosten – insbesondere im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen – massiv gestiegen. Doch auf explizite Zeichen des Verzichts und einer nachhaltigen, sozial gerechten Ausgabendisziplin wurde im Budget offenbar mit Absicht verzichtet. Der Stadtrat hat «von weitergehenden Sparmassnahmen, die einen Leistungsabbau bedeutet hätten, bewusst abgesehen». Auch aus linker Sicht braucht es eine glaubwürdige Strategie. Gesunde Gemeindefinanzen sind Grundlage für den Erhalt und Ausbau solidarisierten Leistungen wie Betreuung, Integration, Bildung oder Kultur. Investitionen in Zukunftsprojekte sind nur dann möglich, wenn der laufende Aufwand unter Kontrolle bleibt. Sonst sind es gerade die Schwächsten, die bei zukünftigen Verschärfungen unter Leistungsabbau leiden werden. Wer heute etwas gegen das wachsende Staatsdefizit tut, sorgt dafür, dass auch in Zukunft genug Geld für die wirklich Bedürftigen bleibt.

Eine Rückweisung – ausdrücklich auch durch linke und soziale Parteien – ist kein Signal gegen das Gemeinwohl, im Gegenteil. Sie ist Ausdruck echter Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen. Wir dürfen nicht alle Kostensteigerungen einfach akzeptieren und damit einen Weg zu immer höheren, untragbaren Ausgaben öffnen. Der Einwohnerrat soll gemeinsam für ein neues Budget eintreten – eines, das gezielte Priorisierungen vornimmt, konsequente Einsparungen identifiziert und das Gleichgewicht von sozialem Ausgleich, Umwelt- und Standortpolitik wahrt.

Nur mit klaren Korrekturen bleibt der Handlungsspielraum für sozialen und nachhaltigen Fortschritt erhalten – das ist ein gemeinsames Ziel aller sozialen, grünen und bürgerlichen Kräfte in Brugg. Deshalb muss der Einwohnerrat gemeinsam ein klares Zeichen setzen und das aktuelle Budget zurück weisen. So geben wir Frau Stadträtin Yvonne Buchwalder die Möglichkeit, ein Budget mit mindestens 5 % reduziertem Aufwand zu präsentieren.

Pascal Ammann: Ich bin überrascht über das Votum von Stefan Baumann und hoffe sehr, dass sich der Einwohnerrat auch zukünftig gemeinsam für die Schwachen und für Projekte im Bereich Gesellschaft und Zukunft einsetzt. Die Fraktion der SP wird den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Wie der Einwohnerrat bereits durch Stadträtin Yvonne Buchwalder erfahren hat, hat der Stadtrat bereits Einsparungen getätigt, welche nicht zum Abbau von Leistungen für die Bevölkerungen führen werden. Ein Budget bringt einer Stadt finanzielle Sicherheit. Diese Sicherheit muss der Einwohnerrat gewährleisten.

Stadträtin Yvonne Buchwalder: Dem Stadtrat ist bewusst, dass strukturelle Themen vorhanden sind, welche angegangen und verändert werden müssen. Diese Bereitschaft hat der Stadtrat mit den aufgezeigten Massnahmen bereits deutlich gemacht. Von einer generellen Reduktion des Aufwandes hat der Stadtrat bewusst abgesehen. Er will explizit die Sparmassnahmen und das mögliche Potential zum Sparen in den verschiedenen Bereichen mit einem seriösen Prozess durchleuchten und spezifisch angehen.

In der Abstimmung wird der Rückweisungsantrag der Fraktion der SVP mit 12 Ja zu 33 Nein und einer Enthaltung abgelehnt.

Yves Gärtner: Es gilt die Qualität der Stadt Brugg zu pflegen und zu stärken. Mit einer attraktiven Stadt, welche auch ausserhalb so wahrgenommen wird, werden auch neue potenzielle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nach Brugg ziehen.

Der Zusammenschluss mit der Gemeinde Villnachern wird von unserer Fraktion begrüsst, auch wenn dieser eine zusätzliche Steuerlast für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Brugg bedeutet. Die Fraktion erkennt die unerfreuliche negative Entwicklung der städtischen Finanzen. Die Verantwortung, gegen diese Entwicklung dagegenzuhalten, sieht die Fraktion der Grünen jedoch bei jeder einzelnen Einwohnerin und jedem Einwohner der Stadt und nicht nur beim Stadtrat. Der Stadtrat zeigt Bereitschaft, der negativen Entwicklung der Finanzen mit geeigneten Massnahmen entgegenzusteuern. Nichtsdestotrotz haben der Stadtrat sowie die Verwaltung wieder einmal einen hervorragenden Job gemacht. Vielen Dank für das vorgelegte Budget und die damit verbundene Arbeit.

Andrea Rauber: Ich spreche im Namen der Fraktion der GLP. Die Fraktion ist ebenfalls nicht zufrieden mit dem vorliegenden Budget und dem ausgewiesenen Defizit von CHF 11 Millionen. Sie begrüsst jedoch, dass der Stadtrat einen Massnahmenplan erarbeiten will, in welchem Prozesse durchleuchtet und verbessert werden sollen. Mit der entgegengenommenen Motion hat der Stadtrat diese Absicht nochmals klar bestätigt. Es ist klar, dass eine nachhaltige Haushaltsführung mehr verlangt als punktuelle Kürzungen. Es müssen verwaltungsinterne Prozesse optimiert werden und auch Ausgaben, welche durch übergeordnete Gesetzgebungen vorgegeben sind, durchleuchtet werden. Vielleicht könnten im Sozialwesen neue Anreize gesetzt werden, welche Menschen rasch wieder aus der Unterstützung nehmen könnte. Und natürlich braucht es auch eine gewisse Initiative auf der Einnahmenseite. Dies ist jedoch nicht so einfach. Wo können sich neue attraktive Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Brugg niederlassen? Viel Platz dafür besteht in der Stadt nicht mehr.

Die Fraktion wird dem Budget 2026 zustimmen, ist jedoch sehr gespannt auf den Bericht des Stadtrates zur Verbesserung des Finanzhaushaltes. Die Fraktion ist auch gerne bereit für eine informelle Diskussion zur Mitgestaltung des Finanzhaushaltes. Wichtig ist, dass die Verwaltungsabläufe geprüft werden und auch das digitale Potential zu klären und zu fördern ist.

Barbara Geissmann: Ich möchte mich im Namen der Fraktion der Mitte bei allen Beteiligten für das ausführliche Budget 2026 bedanken. Ebenso bedanken möchte ich mich beim Stadtrat für die bereits unternommenen Sparbemühungen und die weitere geplante Durchleuchtung der einzelnen Positionen, die hoffentlich noch mehr Sparpotenzial aufdecken werden. Es fällt auf, dass das Budget kontinuierlich negativer wird, weil das betriebliche Defizit immer weiter steigt und die Steuereinnahmen und Finanzerträge stagnieren. Die Jahresrechnung fällt dann aber doch nicht so schlecht aus wie budgetiert, weil deutlich weniger investiert wurde als geplant. Aber ohne diese Investitionen werden sich auch keine Verbesserungen auf der Einnahmenseite ergeben. Ein grosser Teil der Kosten sind gebunden und werden auf kantonaler Ebene vorgegeben, dies kann durch die Stadt nicht geändert werden. Bei der Verwaltung könnte theoretisch noch mehr gespart werden. Pauschale Kürzungen machen wenig Sinn. Waren die vielen bewilligten Stellen bei der Abteilung Planung & Bau im Vergleich zu den eher wenig realisierten Projekten erforderlich gewesen? Vielleicht verständlich in jedem Einzelfall, aber schwer nachvollziehbar in der Gesamtbetrachtung, wenn am Schluss fast nichts finalisiert und vieles verzögert wird. Die Bauprojekte, welche die Attraktivität der Stadt fördern sollen, sind essenziell für das Wohlbefinden der ganzen Bevölkerung. Die Bahnhofunterführung sowie der Neumarktplatz wirken seit Jahren nach Ladenschluss trist und unwirklich. Vielleicht, wenn dies bereits früher geändert wurde, hätte man heute diese bestehenden Probleme nicht. Aus der Fraktion ist deshalb nicht nur Sparen wichtig, sondern auch das Investieren in die Attraktivität und damit die indirekte Stärkung der Einnahmenseite der Stadt.

Die Fraktion bekommt oft zu hören, dass die Stadt nichts gegen den Leerstand von Wohnungen tun kann und es nicht Aufgabe der Stadt sei, aktiv Unternehmen anzuziehen. Dies sieht die Fraktion der Mitte jedoch nicht so. Aus ihrer Sicht gibt es nämlich sehr wohl die Möglichkeiten für eine Stadt, in diesem Bereich aktiv zu werden. Brugg hat hervorragende Voraussetzungen dafür, verschiedene Schulen, den Technopark, das PSI, den öffentlichen Verkehr und einen hervorragenden Bahnhof. Sich jedoch auf diesen Gegebenheiten auszuruhen und alle Aufgaben irgendwelchen Vereinen zu überlassen, reicht nicht. Es gibt viele Beispiele von anderen Gemeinden, welche sich aktiv für die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitsplätzen und somit neuen Steuerzahlenden einsetzen. Auch können Verbesserungen in der Attraktivität mit der Umsetzung von Tagesschulen und weiteren Angeboten für Kinder und Familien erzielt werden. Die Fraktion der Mitte wird dem Budget mit dem einen oder andern Änderungsantrag zustimmen.

Pascal Ammann: Die Fraktion der SP dankt dem Stadtrat für die Ausarbeitung des Budgets. Die Fraktion wird dem vorliegenden Budget zustimmen. Der Fraktion ist ebenfalls nicht entgangen, dass das vorliegende Budget ohne den zugesprochenen Betrag durch die Fusion ein grosses Defizit ausweisen würde. Die Gründe für das Defizit sind massgeblich die steigenden Kosten im Bereich der Pflegefinanzierung und der Sonderschulen. Dies sind Kosten, auf welche die Stadt kaum Einfluss hat. Die Fraktion begrüsst ausdrücklich, dass der Stadtrat keine Massnahmen zum Abbau von öffentlichen Leistungen ergriffen hat.

Diese hätten direkte Auswirkungen auf die Qualität von öffentlichen Angeboten, von denen die ganze Gesellschaft profitiert. Wenn diese wegfallen, leiden die einkommensschwachen Wohnerrinnen und Einwohnern am meisten darunter. Die Erfahrung zeigt, dass in der Regel zuerst in den Bereichen Soziales, Kultur und Bildung gespart wird. Die Fraktion der SP stellt sich entschieden gegen den Angriff auf den Service Public und damit auch auf die Attraktivität des Standortes Brugg. Bei der Fraktion steht der Fokus bei der Einnahmenseite. Attraktive öffentlichen Räume, eine gut funktionierende Verwaltung, ein vielfältiges Kulturangebot und öffentliche Angebote und Anlaufstellen für die ganze Bevölkerung steigern die Attraktivität der Stadt und führen auch zu neuem Steuersubstrat. Dafür gilt es jedoch, geplante Investitionen zu tätigen und gegebenenfalls auch zu priorisieren, damit die Bevölkerung ebenfalls davon profitieren kann.

Titus Meier: Die Fraktion der FDP hat intensiv über das Budget diskutiert. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine Rückweisung wenig Sinn macht. Darum will die Fraktion mit der kurzfristig eingereichten Motion einen anderen Weg gehen. Der Dank geht an den Wohnerrat, welcher die Motion beziehungsweise die Dringlichkeit der Motion unterstützt und somit ein klares Zeichen setzt, dass die Abläufe im Ganzen durchleuchtet werden. Es braucht ein Kostenbewusstsein, welches von der Verwaltung gelebt werden muss. Abläufe müssen neu überdenkt werden. Ich bin der Ansicht, dass sehr wahrscheinlich ganz viele Mitarbeitende der Stadt gute Vorschläge hätten, wo man Abläufe effizienter machen und vielleicht Einsparungen tätigen könnte. Ich hoffe, dass der Stadtrat diese Rückmeldungen und dieses Potential nutzen wird, um Verbesserungen in den Prozessen zu tätigen. Die Stadt Brugg ist nicht gleich aufgestellt wie andere Gemeinden im Kanton Aargau, so läuft es bei der Stadt Brugg auch anders als in anderen Gemeinden. Der Stadtrat hat mit der neuen zentralen Verwaltung Verbesserungen der verschiedenen Abläufe angekündigt. Dies deckt sich mit den Erwartungen der Fraktion der FDP, dass er im Hinblick auf die zentralisierte Verwaltung diese Prozesse durchleuchten wird.

Durch die Tatsache, dass verschiedene Investitionen in der Vergangenheit nicht getätigt wurden, ist das Vermögen der Stadt gewachsen. Dieses wurde gut angelegt und es konnten Vermögenserträge generiert werden. Die Finanzerträge machen inzwischen CHF 9.3 Millionen aus. Wenn die Stadt diese Finanzerträge nicht hätte, müsste der Steuerfuss 27 Prozent höher sein, um auf das gleiche Resultat zu gelangen. Dies zeigt das Problem im Finanzhaushalt der Stadt auf. Was kann sich die Stadt leisten und zu welchem Preis? Diese Frage muss bei der Bearbeitung des Budgets die zentrale Frage sein. Leistungen müssen nicht komplett gestrichen werden, aber vielleicht können diese in einer reduzierten Form erfolgen.

Betreffend Votum zu den zahlreich eingereichten Vorstößen möchte ich festhalten, dass es grundsätzlich zu den Aufgaben des Wohnerrates gehört, Vorstöße einzureichen. Das ist das Instrument des Wohnerrates, Einfluss zu nehmen. Die Fraktion der FDP ist der Überzeugung, dass die Vorstöße der FDP sehr wahrscheinlich preislich günstiger sind als Vorstöße, welche von anderen Fraktionen eingereicht worden sind.

Dabei möchte ich an das Geschäft Schöneeggpark erinnern, bei welchem der Einwohnerrat das Projekt um eine viertel Million Franken, gegenüber dem was der Stadtrat beantragt hat, ausgebaut hat.

Der Finanzplan zeigt, dass grosse Ausgaben bevorstehen. Sorge bereitet der Fraktion die Schulraumplanung. Der Einwohnerrat hat keine konkreten Zahlen, was die Schulraumplanung kosten wird. Die Stadt braucht Klarheit darüber, welche finanziellen Lasten auf sie zukommt, wenn alle diese alten Schulhäuser sowie das Hallenbad modernisiert werden.

Ich habe vor zwei Jahren ein Postulat eingereicht, welches einen Bericht des Stadtrates zur Erhöhung des Steuersubstrats verlangt. Dieser Bericht ist meines Wissens immer noch nicht vorliegend. Ich hoffe, dass nun diese Motion schneller beantwortet wird.

Es war bekannt, dass durch die Fusion mit der Gemeinde Villnachern die Stadt an Steuersubstrat einbüßen wird. Für diesen Umstand erhält die Stadt auch eine Ausgleichszahlung durch den Kanton. An der Informationsveranstaltung wurde mitgeteilt, dass die Stadt mit diesem Beitrag in den nächsten fünf Jahren das Defizit aufgrund der Steuerfussenkung in der Gemeinde Villnachern kompensieren kann. In diesen fünf Jahren muss der Ortsteil weiterentwickelt werden, so dass neue Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sich dort ansiedeln und das Steuersubstrat verbessern. Aktuell wird der kantonale Beitrag dazu verwendet, dass das Budget der Stadt ausgeglichen ist.

Elias Gerber: Ich spreche im Namen der EVP, welche mit dem vorliegenden Budget ebenfalls nicht glücklich ist. Die bereits vorgenommenen Sparbemühungen sind für die Fraktion noch zu wenig sichtbar bzw. spürbar. Die genannten Massnahmen des Stadtrates sowie diejenige, welche in der Motion gefordert werden, werden von der Fraktion befürwortet. Schade, dass diese Massnahmen erst in der Zukunft getätigt werden und nicht bereits früher initiiert wurden. Es ist nicht so, dass man von heute auf morgen von diesen Zahlen überrascht wurde. Das gleiche Bild zeigte sich bereits in der Vergangenheit. Die Fraktion sieht eine pauschale Kürzung als nicht zielorientiert, sieht aber durchaus noch weiteres Sparpotential. Die Frage, wo Kürzungen Sinn machen, will die Fraktion jedoch dem Stadtrat überlassen.

Adriaan Kerkhoven: Ich möchte noch eine persönliche Mitteilung zum Budget tätigen. Auch mir ist aufgefallen, dass die nicht beeinflussbaren Kosten hoch sind. Bei den Sonderschulen könnte man vielleicht darauf achten, dass der Fokus auf die interkantonalen Sonderschulen gelegt wird, da diese günstiger sind. Jedoch stellt der Kanton zu wenig Plätze zur Verfügung.

Ich habe die Befürchtung, dass die geplante Durchleuchtung der Ausgaben keine ausserordentlichen Resultate bringen wird. Ich verstehe nicht, warum der Stadtrat Gebühren nicht kostendeckend budgetiert, zum Beispiel beim Abwasser. Ebenfalls verstehe ich nicht, warum der Stadtrat noch immer keine Parkplatzbewirtschaftung hat. Mit den Parkplätzen könnte die Stadt Millionen von Franken generieren.

Dieses Geld könnte in neue Investitionen getätigt werden, welche die Stadt attraktiv macht und neue Steuerzahler anziehen würde. Auch kann ich nicht verstehen, warum man bei Dienstleistungen im Bereich der Kultur, dem Sozialwesen oder bei der Schule Kürzungen vornimmt. Dies schadet der Stadt mehr, als dass es Vorteile bringt. Der Stadtrat muss die umliegenden Gemeinden, welche von Angeboten der Stadt profitieren, finanziell mehr in Pflicht nehmen, um damit die Zentrumslast der Stadt Brugg zu reduzieren. Auch müssten die Badi-Parkplätze kostenpflichtig werden. Ich kann nicht verstehen, warum der Stadtrat Gebühren nicht kostendeckend budgetiert.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen zur Eintretensdebatte. Der Vorsitzende eröffnet die Detailberatung zum Budget 2026.

Barbara Geissmann: Die Fraktion der Mitte stellt zur Position 01.3220.3636.00 einen Änderungsantrag. Beitrag an das Kurtheater in der Höhe von CHF 2'500. Ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso nun gerade dieser Beitrag aus dem Budget gestrichen werden soll. Die Stadt Brugg hat kein eigenes Kulturtheater und darum macht ein Beitrag an das nächstgelegene Kurtheater Sinn. Brugger Vereine profitieren vom Kurtheater, indem sie dieses für Auftritte nutzen können. Es wurde der Fraktion mitgeteilt, dass man, bevor das Kulturkonzept steht, keinen Beitrag verändern möchte. Diese Streichung stellt nun aber offensichtlich eine Diskrepanz dar.

Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP wird den Änderungsantrag nicht unterstützen und den Einwohnerrat an das Defizit in der Höhe von CHF 11 Millionen erinnern. Ich habe eine Frage an die Fraktion der FDP, ob sie Kürzungsanträge zum vorliegenden Budget einbringen wird.

Robert Wehrli: Die FDP hat Kürzungsanträge vorbereitet, für den Fall, dass die Motion nicht überwiesen worden wäre. Aufgrund der Bereitschaft des Stadtrates, die Ausgaben der Stadt zu durchleuchten, verzichtet die Fraktion der FDP auf einzelne Kürzungsanträge, weil sie den nun gewählten Weg als der sinnvollere anschaut. Wir erwarten jedoch vom Stadtrat Sparmassnahmen.

Stadträtin Yvonne Buchwalder: Bezüglich des Votums von Barbara Geissmann möchte ich erwähnen, dass der Stadtrat bei den Kulturbeiträgen lokale Kulturbetriebe bevorzugt hat und deshalb aufgrund der Sparmassnahmen den Beitrag an das Kurtheater Baden gestrichen hat.

Serge Läderach: Der Einwohnerrat diskutiert über eine halbe Stunde über das grosse Defizit, welches die Stadt aufweist. Der erste Änderungsantrag, welcher gestellt wird, ist dann jedoch eine Erhöhung eines Beitrages. Ich bedaure die Kürzung des Beitrages an das Kurtheater ebenfalls, jedoch muss doch nun endlich irgendwo angefangen werden zu sparen. Das bedeutet auch, dass man auf etwas verzichten muss. Dies ist mein Appell an den Einwohnerrat.

Yves Gärtner: Die Stadt Brugg ist darauf angewiesen, dass umliegende Gemeinden die Kulturhäuser von Brugg unterstützen. Deshalb ist es ein falsches Zeichen, hier zu kürzen. Es ist ein Fehler zu glauben, wenn hier nichts mehr ausgegeben wird, dass wir hier sparen würden.

Adriaan Kerkhoven: Schülerinnen und Schüler von Brugg nutzen diese interaktive Bühne des Kurtheaters Baden. Das ist sehr wichtig. Es geht um einen Beitrag von CHF 2'500. Dieser Betrag steht in keinem Verhältnis zu Gebühren der Stadt, welche nicht angepasst werden.

Stefan Baumann: Die Stadt weist ein hohes Defizit aus. Jetzt müssen Sparmassnahmen ergriffen werden und Partikularinteressen zurückgestellt werden. Ansonsten können die genannten Sparmassnahmen nicht umgesetzt werden. Dazu gehört auch das Streichen von freiwilligen Beiträgen bei der Kultur. Jetzt muss der Wille zum Sparen von allen Seiten spürbar sein.

Patrick von Niederhäusern: Die Stadt beteiligt sich schon mehr als genug an kulturellen Institutionen und darf nicht immer mehr Geld dafür ausgeben.

Titus Meier: Das vom Stadtrat in Aussicht gestellte Kulturkonzept soll festlegen, welche Institutionen aufgrund von welchen Intentionen durch Steuergelder unterstützt werden sollen. Mit dieser Diskussion beziehungsweise der Änderungen von Kulturbeiträgen greift der Einwohnerrat diesem Konzept bereits vor. Der Stadtrat verfügt über ein Konto mit einem Betrag in der Höhe von CHF 4'000, welches nicht näher spezifiziert ist. Mit diesem hat der Stadtrat die Möglichkeit, einzelne kleinere Kulturanlässe oder Projekte im laufenden Jahr zu unterstützen. Der Einwohnerrat könnte nun die CHF 2'500 für das Kurtheater sprechen und den Betrag dem genannten Konto belasten. So geben wir vielleicht dem Stadtrat einen Anreiz, dass Kulturkonzept bis zur nächste Budgetierungsphase fertig zu stellen. Anschliessend kann die Diskussion bezüglich der einzelnen Beiträge wieder aufgenommen werden.

Stadträtin Yvonne Buchwalder: Das ist richtig, dem Stadtrat steht ein Betrag in der Höhe von CHF 4'000 zur Verfügung, mit welchem er gewisse Projekte oder Anlässe im Bereich Kultur finanzieren kann.

Barbara Geissmann: Es ist noch offen, ob die Erhöhung des Beitrages an das Odeon in diesem Umfang durch die Stadt geleistet wird oder nicht.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen zum Änderungsantrag.

In der Abstimmung wird der Änderungsantrag der Fraktion der Mitte mit 17 Ja zu 23 Nein bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Stefan Baumann: Die Fraktion stellt den Änderungsantrag bei der Budgetposition 01.3290.3636.00, Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszwecke. Die Fraktion beantragt die Reduktion dieses Kontos auf den Betrag von CHF 24'700. Dabei stellt sich der Fraktion noch die Frage, für was genau diese Ausgaben in dieser Budgetposition vorgesehen sind?

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung, damit sich die Fraktionen über den Änderungsantrag der Fraktion der SVP beraten können.

Yvonne Buchwalder: Die Budgetposition enthält einen Betrag von CHF 186'700. In den Erläuterungen des Budgets kann nachgelesen werden, für was dieser Betrag benötigt wird. Es handelt sich hierbei um Beiträge an verschiedene kulturelle Institutionen, welche der Stadt bezüglich der Attraktivität einen hohen Mehrwert verschaffen. Es ist ein Mehrwert, welcher vielleicht nicht beziffert werden kann, jedoch ein grosser «Schatz» für die Stadt Brugg ist.

Beim geplanten Kulturkonzept wird durchleuchtet, welche Institutionen welche Beiträge erhalten werden und was der Mehrwert ist für die Stadt Brugg. Ich bitte den Rat, die budgetierten Beiträge an die Kultur der Stadt im Budget 2026 anlässlich dieser Budgetdebatte nicht zu streichen und das erwähnte Kulturkonzept abzuwarten.

Reto Bertschi: Ich bitte Stefan Baumann zu erklären, was die Streichung genau beinhaltet und wie sich der Betrag von CHF 24'700 zusammensetzt.

Stefan Baumann: Ich danke Stadträtin Yvonne Buchwalder für die Ausführungen. Mich würde interessieren, für welche Leistungen der Kulturverein Odeon CHF 90'000 erhält. Die geforderte Streichung enthält den Beitrag an den Kulturverein Odeon im Betrag von CHF 90'000, den Beitrag an die Gesellschaft Pro Vindonissa im Betrag von CHF 60'000, CHF 6'000 an den Quartierverein Schinznach-Bad (da er der einzige Quartierverein ist, welcher unterstützt wird) und CHF 6'000 an das Bruggore-Festival (welches noch andere Unterstützungsleistungen erhält).

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Dieses Konto enthält Beiträge an die wichtigsten Kulturinstitutionen, welche nicht von der Stadt betrieben werden, jedoch einen sehr wichtigen Beitrag an das kulturelle Leben und das Angebot in der Stadt Brugg leisten und die Standortattraktivität der Stadt erhöhen. Mit diesem Geld wird ein Beitrag an den Betrieb und an das Programm der Kulturhäuser bezahlt. Der Quartierverein Schinznach-Bad ist aus der Kulturkommission Schinznach-Bad entstanden. Dieser organisiert verschiedene kulturelle Anlässe und auch Anlässe für die Bevölkerung aus dem Ortsteil Schinznach-Bad. Mit dem Zusammenschlussvertrag mit der Gemeinde Schinznach-Bad wurde zugesichert, dass die Beiträge an die Vereine und Institutionen im gleichen Umfang beibehalten werden, wie das früher der Gemeinderat Schinznach-Bad gehandhabt hat. So wird es auch bei der Fusion mit der Gemeinde Villnachern gehandhabt werden. Das Kulturkonzept wird konzeptionell und systematisch aufzeigen, wo und wieviel in Zukunft in diesem Bereich aufgewendet werden soll.

Urs Bürkler: Wenn die Stadt attraktiv sein und gute Steuerzahler anziehen soll, dürfen solche Leistungen nicht gestrichen werden. Ansonsten wird die Stadt zu einer kulturellen Wüste und die gewünschte Erhöhung der Steuereinnahmen kann nicht erreicht werden. Diese Menschen, welche sich im kulturellen Bereich einsetzen, leisten hervorragende Arbeit auf freiwilliger Basis und der grösste Teil macht dies unentgeltlich.

Patricia Gloor: Bevor das Kulturkonzept erarbeitet ist und alle diese Beiträge durchleuchtet worden sind, würde ich dem Einwohnerrat beliebt machen, auf Kürzungen in diesem Bereich zu verzichten.

Julia Grieder: Das Odeon hat allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten eine Einladung zu einem Anlass zugestellt, bei welchem erklärt wurde, wie die CHF 90'000 eingesetzt werden. Es waren vier Personen aus dem Einwohnerrat anwesend.

Titus Meier: Die Gesellschaft Pro Vindonissa ist Eigentümerin des Vindonissa Museums. Die Schule Brugg kann mit ihren Schülern das Museum kostenlos besuchen. Ob der Beitrag von CHF 6'000 für den dafür erhaltenen Gegenwert gerechtfertigt ist, kann ich nicht beurteilen. Ich gehe davon aus, dass anlässlich der Erarbeitung des Kulturkonzeptes genau diese Frage geklärt wird. Ich würde nun auch beliebt machen, diese Beiträge im Budget so zu belassen, jedoch diese anlässlich der Bearbeitung des Kulturkonzeptes genau zu durchleuchten. Nun sollte zuerst dieser Bericht abgewartet werden, um zu wissen, was der Gegenwert ist und was sich die Stadt Brugg überhaupt leisten kann.

Leonora Amrein: Diese Beiträge an das kulturelle Leben der Stadt sind sehr wichtig für die Attraktivität der Stadt Brugg. Man sollte hier keinen «Schnellschuss» machen und ohne seriöse Abklärung und Erarbeitung des Kulturkonzeptes diese Beiträge streichen. Mit diesen Beiträgen werden viele kleinere Anlässe und Projekte im kulturellen Bereich der Stadt unterstützt. Die Stadt leistet somit einen wertvollen Beitrag daran. Für die Mitfinanzierung des Campussaals, welcher eher kommerziell genutzt wird, zahlt die Stadt fast den doppelten Beitrag.

Miro Barp: Ich begrüsse die Erarbeitung eines Kulturkonzeptes. Man muss sich schon bewusst sein, dass neben den Beiträgen der Stadt der Kanton die kulturellen Institutionen auch wesentlich mitfinanziert. Ich bin der Ansicht, dass das Interesse der Menschen an diesen kulturellen Anlässen und Projekten nicht mehr so vorhanden ist, wie von einigen Jahren. Vielleicht waren darum am Anlass des Odeons auch nur vier Personen aus dem Einwohnerrat anwesend. Vielleicht müssen sich die Kulturschaffenden auch neu erfinden, um neues Publikum zu gewinnen. Ich kann auch nicht verstehen, warum die Stadt für einen Horrorfilm-Event Geld ausgibt.

Urs Bürkler: Das Odeon hat explizit den Einwohnerrat eingeladen, um ihm aufzuzeigen, was es mit dem Beitrag der Stadt alles macht. Es war keine öffentliche Veranstaltung, bei welchem Publikum eingeladen war. Die öffentlichen Veranstaltungen werden sehr gut besucht.

Wenn man einmal dabei wäre, wüsste man dies auch. Das Bruggore Festival wird von vielen Menschen, aus der ganzen Schweiz und Europa, besucht. Vielleicht müsste man solche Veranstaltungen, welche von Vereinen und Kulturschaffenden organisiert werden, besuchen. So könnte man sich einen Eindruck darüber verschaffen und beurteilen, ob diese wirklich keinen Wert für die Stadt haben.

Patrick von Niederhäusern: Ich kann keine Einladung des Odeons bei mir finden. Für das Protokoll möchte ich zudem festhalten, dass die Fraktion der SVP immer gegen Beiträge für den Campussaal gestimmt hat.

Stefan Baumann: Ich schätze den kulturellen Bereich ebenfalls. Jedoch gibt die Stadt CHF 1.6 Millionen dafür aus. Das ist sehr viel Geld. Es ist richtig, dass nun mit dem Kulturkonzept diese Beiträge hinterfragt werden und es ist wichtig, dass der Rat darüber spricht. Es ist keine Majestätsbeleidigung, wenn auch diese Budgetposten besprochen und hinterfragt werden.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen zum Änderungsantrag der SVP.

In der Abstimmung wird der Änderungsantrag der Fraktion der SVP mit 9 Ja zu 35 Nein stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Martin Brügger: Ich stelle einen Änderungsantrag zur Kontoposition 01.7500.3140.00, Unterhalt Grundstücke: Ich beantrage eine Erhöhung des Betrages um CHF 10'000. Dies aus dem Grund, weil durch die Fusion mit der Gemeinde Villnachern eine sehr grosse Fläche zur Bewirtschaftung zur Stadt Brugg dazu kommt.

Serge Läderach: Der Forst ist bei der Ortsbürgergemeinde angesiedelt. Somit muss ein solches Problem nicht von der Einwohnergemeinde gelöst werden.

Martin Brügger: Der Forstbetrieb leistet Arbeit zugunsten der Einwohnergemeinde, welche von der Einwohnergemeinde finanziert werden muss.

Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP beantragt, dass die Beiträge in dieser Kontoposition ganz gestrichen werden. Ausgenommen davon sollen die Beiträge an die SBB im Betrag von CHF 800 sein. Nicht alle Leistungen müssen vergütet werden. Mitglieder der SVP organisieren Anlässe zur Bekämpfung von Neophyten an der Aare, und dies unentgeltlich. Das bedeutet, der Betrag im Konto soll um 21'000 reduziert werden.

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Dieser Budgetposten beinhaltet Unterhaltsmassnahmen in Schutzgebieten, welche durch die Stadt getätigt werden. Das sind Gebiete, welche unter Schutz stehen und die Stadt Auflagen hat, diese zu unterhalten. Diese Beträge sind sehr restriktiv und seit Jahren die gleichen. Martin Brügger hat es richtig gesagt, Villnachern besitzt ein grosse Landfläche, welche auch biologisch sehr wertvoll ist. Bei der Budgetierung hat man denselben Betrag übernommen, welcher die Gemeinde Villnachern für den Unterhalt der Flächen aufgewendet hat. Bei dieser Budgetposition hat man klar das Nötige vom Wünschbaren getrennt.

Der Vorsitzenden: Werden übergeordnete Gesetzgebungen verletzt, wenn dieser Änderungsantrag angenommen werden würde und diese Beiträge durch die Stadt nicht mehr geleistet werden könnten?

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Um kantonale Beiträge erhalten zu können, ist die Stadt verpflichtet, gewisse Leistungen für die Qualität diese Gebiete zu erbringen. Im Detail kann ich an jetziger Stelle keine genauen Auskünfte geben, wie sich die Streichung dieser Beiträge auf übergeordnetes Recht auswirken wird.

Stefan Baumann: Ich bin erstaunt, dass auch hier nicht kompetent darüber Auskunft gegeben werden kann.

Martin Brügger: Im Jahresbericht der Landschaftskommission sind diese Punkte alle detailliert beschrieben. Es ist also bekannt, für was dieses Geld ausgegeben wird. Man muss sich vorstellen, dass für den Unterhalt der riesigen Fläche von 5.75 Quadratkilometer (für den neuen Ortsteil Villnachern) gerade einmal CHF 7'600 an Landschafts- und Biodiversitätsbeiträge budgetiert sind. Das ist ein kleiner Betrag für diese Fläche.

Serge Läderach: Wenn bisher CHF 7'600 für diese Fläche bezahlt wurde und dieser Betrag in der Höhe genügend war, warum sollte man diesen Betrag dann jetzt erhöhen. Ich bin der Ansicht, dass dieser Betrag so belassen werden soll.

Andreas Rauber: Zu Beginn der Sitzung hat der Einwohnerrat dem Stadtrat mit der Motion der Fraktion der FDP den Auftrag gegeben, alle Budgetpositionen akribisch zu durchleuchten und Sparmassnahmen zu präsentieren. Das nun an der jetzigen Sitzung einzelne Positionen herausgepickt werden, um diese zu verändern, macht in meinen Augen wenig Sinn.

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Ich möchte Stellung nehmen zum Votum von Stefan Baumann. Ich bitte den Rat zu respektieren, dass es dem Stadtrat nicht möglich ist, zu allen Budgetpositionen im Detail Auskunft zu geben. Der Einwohnerrat hat die Möglichkeit über diese Budgetpositionen zu diskutieren. Bei Detailfragen bittet der Stadtrat den Einwohnerrat, diese im Vorfeld der Sitzung zu stellen. So kann sich der Stadtrat auf die Fragen der Mitglieder der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte vorbereiten.



Es folgen keine weiteren Wortmeldungen zum Änderungsantrag.

In der Gegenüberstellung der Änderungsanträge obsiegt in der Abstimmung der Änderungsantrag von Martin Brügger (Erhöhung auf CHF 93'200) mit 20 Stimmen gegenüber dem Antrag der Fraktion der SVP (Reduktion um CHF 21'000) mit 8 Stimmen bei 18 Enthaltungen.

In der nachfolgenden Abstimmung wird der Änderungsantrag von Martin Brügger mit 7 Ja Stimmen zu 35 Nein Stimmen gegenüber dem Antrag des Stadtrates, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

Stefan Baumann: Änderungsantrag zur Budgetposition 01.7900.3132.00, allgemeiner Planungskredit Stadtentwicklung, für Honorare von Fachexperten für die Stadtentwicklung. Die Fraktion der SVP beantragt die Reduktion dieser Budgetposition von CHF 80'000 auf CHF 40'000.

Frau Stadttammann Barbara Horlacher: Der Einwohnerrat hat heute darüber gesprochen, dass die Stadt weiterentwickelt werden soll und Räume für gute Steuerzahlende und neue Unternehmen geschaffen werden soll. Viele Gebiete, bei welcher die Stadt Gestaltungspläne erarbeiten muss, müssen begleitet werden. Häufig sind dies auch Anliegen von Privaten, welche ihre Areale weiterentwickeln wollen. Auch Anliegen des Einwohnerrates, wie zum Beispiel die Gestaltung des Stadtparks, werden über dieses Konto finanziert. Alle diese Projekte werden mit diesem Betrag in der Höhe von CHF 80'000 finanziert. Der Stadtrat hat im letzten Jahr für diese Budgetposition CHF 105'000 eingestellt. Die Budgetvorgaben wurden eingehalten und für das Jahr 2026 konnte der Budgetbetrag sogar reduziert werden. Ich bitte den Rat, diesen Handlungsspielraum dem Stadtrat zu belassen und diesen Budgetposten nicht zu reduzieren.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen zum Änderungsantrag.

In der Abstimmung wird der Änderungsantrag der SVP (den Betrag von CHF 80'000 auf CHF 40'000 zu reduzieren) mit 8 Ja zu 33 Nein Stimmen bei 4 Enthaltung abgelehnt.

Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP stellt den Änderungsantrag zur Budgetposition 01.8400.3636.00, Beitrag an private Gewerbe. Die Budgetposition soll um CHF 3'000 reduziert werden.

Frau Stadttammann Barbara Horlacher: Über dieses Konto wird vor allem der Verein Tourismus mit verschiedenen Anlässen und Projekten finanziell unterstützt. Hierzu gehört zum Beispiel der Osterweg, welcher vom Verein lanciert wurde. Der Stadtrat bittet den Rat, diesen Beitrag nicht zu kürzen, damit der Stadtrat auch weiterhin solche Aktionen finanziell unterstützen kann.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen zum Änderungsantrag.

In der Abstimmung wird der Antrag der Fraktion der SVP (Reduktion der Budgetposition von CHF 8'000 um CHF 3'000 auf CHF 5'000) 8 Ja Stimmen zu 34 Nein Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP beantragt die Reduktion bei der Budgetposition 1.8500.3636.00, Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, auf CHF 37'100 (Reduktion um CHF 20'000).

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Die Stadt ist Mitglied der Förderstiftung Technopark. Der Stadtrat unterstützt diese Förderstiftung, weil er überzeugt ist, dass dies für die lokale Unternehmen eine wichtige Massnahme im Bereich der Standortförderung ist.

Ulrich Merholz: Ich bin Mitglied des Stiftungsrates Technopark und möchte dem Einwohnerrat beliebt machen, dass er diesen Streichungsantrag nicht unterstützt. Diese Förderstiftung leistet einen wichtigen Beitrag zur Standortförderung der Stadt Brugg.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen zum Änderungsantrag.

In der Abstimmung wird der Änderungsantrag der Fraktion der SVP um Reduktion der Budgetposition um CHF 20'000 mit 9 Ja Stimmen zu 39 Stimmen abgelehnt.

Damit ist die Diskussion über das Budget 2026 erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2026 genehmigen und den Bezug von 97 % Gemeindesteuern beschliessen»

mit 34 Ja Stimmen zu 12 Nein Stimmen zugestimmt.

In der Abstimmung um Weiterführung der Sitzung stimmt die überwiegende Mehrheit für die Beendigung der Sitzung.

*Die Behandlung der Traktanden 3 bis 16 findet an der Sitzung vom 24. Oktober 2025 statt.*

Der Präsident gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

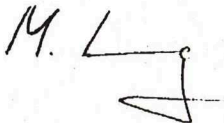
- Kleine Anfrage Nadine Christen betreffend Schöneeggpark
- Postulat Martin Brügger sowie Mitunterzeichnende betreffend «Brugg steht zu seinen Pärken»
- Kleine Anfrage Martin Brügger sowie Mitunterzeichnende betreffend Chausserie von Quartierstrassen

Der Präsident macht folgende Mitteilung:

- Die nächste Sitzung findet am 24. Oktober 2025 statt.
- Die Koordinationssitzung findet am 3. Dezember 2025 im Rathaussaal statt.

Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr

#### **Einwohnerrat Brugg**



Markus Lang  
Präsident



Matthias Guggisberg  
Aktuar